Gemeinsamer Appell der Bürgermeister der Städte Altötting, Burghausen, Neuötting und Töging am Inn

„Kommunale Handlungsfähigkeit vor Ort sichern"

22. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr stellv. Ministerpräsident,

die Städte Burghausen, Altötting, Neuötting und Töging am Inn wenden sich mit diesem gemeinsamen und dringenden Appell an Sie. Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Inzwischen ist ein Punkt erreicht, an dem die Handlungsfähigkeit vieler Städte und Gemeinden ernsthaft gefährdet ist.

Kommunen sind das Fundament unseres Staates. Hier erleben die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, ob öffentliche Leistungen funktionieren, ob Schulen und Kindertagesstätten ausgestattet sind, ob Straßen und Infrastruktur instandgehalten werden und ob kulturelle, soziale und sportliche Angebote bestehen. Hier entscheidet sich tagtäglich die Lebensqualität der Menschen.

Gleichzeitig wächst der Druck auf die kommunalen Haushalte stetig. Immer neue gesetzliche Pflichtaufgaben werden auf Städte und Gemeinden übertragen, ohne dass die dafür erforderlichen finanziellen Mittel in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden. Hinzu kommen stark steigende Sozialausgaben sowie zusätzliche gesetzliche Anforderungen. Das Ergebnis ist ein strukturelles Finanzierungsdefizit, das die kommunale Selbstverwaltung zunehmend einschränkt.

Bundesweit verzeichneten die Kommunen im vergangenen Jahr ein Defizit von mehr als 30 Milliarden Euro. Am 17.06.2026 war laut einem Bericht des ZDF folgende Aussage: „Nach einer aktuellen Befragung von Kämmereien im Auftrag der Förderbank KfW beträgt der Investitionsrückstand geschätzt rund 231 Milliarden Euro. Die Summe aus dem Vorjahr von 215,7 Milliarden Euro wurde damit nochmals um 7,2 Prozent übertroffen." Diese Entwicklung ist nicht länger tragbar. Auch unsere Städte sehen sich gezwungen, notwendige Investitionen zu verschieben, freiwillige Leistungen zu reduzieren und den finanziellen Handlungsspielraum immer weiter einzuschränken.

Die Folgen treffen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar: weniger Investitionen in Schulen, Straßen, Sportstätten und kulturelle Einrichtungen, weniger Angebote für Kinder, Jugendliche und Senioren, längere Bearbeitungszeiten in Verwaltungen und insgesamt eine schleichende Verschlechterung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung nachdrücklich auf,

- das strukturelle Finanzierungsdefizit der Kommunen kurzfristig zu beseitigen,
- Städte und Gemeinden dauerhaft von den stetig steigenden Sozialausgaben zu entlasten,
- die kommunale Finanzausstattung nachhaltig zu stärken,
- die Verteilung der staatlichen Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu auszubalancieren,
- sowie den Grundsatz **„Wer bestellt, bezahlt"** konsequent anzuwenden.

Neue Aufgaben dürfen den Kommunen nur dann übertragen werden, wenn deren Finanzierung vollständig und dauerhaft sichergestellt ist. Städte und Gemeinden dürfen nicht länger zum Ausfallbürgen für politische Entscheidungen anderer staatlicher Ebenen werden.

Unsere Kommunen wollen gestalten, investieren und Verantwortung für die Zukunft unserer Heimat übernehmen. Dafür benötigen wir verlässliche und auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen. Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen und die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Die gesamtstaatliche Steuerverteilung MUSS zugunsten der Kommunen neu aufgestellt und reformiert werden. Es bedarf eines strikten Konnexitätsprinzips im Verhältnis des Bundes und der Kommunen. Der Bund MUSS Verantwortung übernehmen.

So tragen Kommunen aktuell gesamtstaatlich rd. 25 % der Ausgaben, erhalten aber nur rd. 14 % der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen.

Die Sozialausgaben haben sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt und die Tendenz ist weiter stark steigend. Das liegt nicht zuletzt an den deutlichen Aufgaben und Standarderweiterungen durch den Bund. Hier nenne ich nur das Stichwort „Ganztagesbetreuung".

Im Rahmen des bundesweiten Aktionstages **„Kommunen am Limit" am 22. Juni 2026** appellieren wir eindringlich an Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung, die kommunale Finanzkrise zur Chefsache zu machen und rasch wirksame Lösungen auf den Weg zu bringen.

Die Ergebnisse der bayerischen Kassenstatistik für das erste Quartal 2026 zeigen deutlich, dass die strukturelle Schieflage tief in den Haushalten der Städte und Gemeinden verankert ist und deren finanzielle Spielräume immer weiter einengt. Da kurzfristige Entlastungen auf der Ausgabenseite nicht erkennbar sind, müssen Bund und Land die kommunalen Verwaltungshaushalte auf der Einnahmenseite zeitnah und nachhaltig stärken.

Die Gesamtausgaben der bayerischen Kommunen wuchsen zu Beginn des Jahres um 4,5 Prozent, wobei hierbei bei den Ausgaben aus laufender Verwaltungstätigkeit ein Anstieg um rund 5,9 Prozent zu verzeichnen ist.

Die Dynamik bei den Sozialausgaben setzt sich ungebrochen fort. Dies betrifft sowohl die Ausgaben für Sozialhilfe (+6,5 Prozent) als auch die Ausgaben für die sonstigen sozialen Leistungen (+3,4 Prozent). Die Entwicklung der Personalausgaben verläuft aufgrund der tarifbedingten Entwicklungen mit einem Zuwachs von 4,7 Prozent auf ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahresquartal. Bei den Bauausgaben war im ersten Quartal ein Rückgang von 7,1 Prozent zu verzeichnen, was auf eine abnehmende Bautätigkeit der bayerischen Kommunen schließen lässt.

Auf Bundesebene könnte eine deutlich höhere Beteiligung der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen einen wichtigen Beitrag leisten. Auf Landesebene muss die Stärkung der kommunalen Finanzen im Mittelpunkt der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich stehen.

Starke Kommunen sind die Voraussetzung für einen starken Staat. Handeln Sie jetzt – für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Ar
Bürgermeis

Dieses Dokument
wurde im Original
rechtsgültig unterzeichnet.

lt Burghausen

Veit Hartsperger
Bürgermeister Stadt Neuötting

Marco Harrer
Bürgermeister Stadt Töging am Inn

Bayerischer Städtetag

Pressemitteilung

München, den 22. Juni 2026

Bundesweiter Aktionstag „Kommunen am Limit"

Kommunale Haushalte stecken in einer strukturellen Schieflage

Die Haushalte der Kommunen sind in einer bedrohlichen Schieflage. Schon heute müssen Kommunen auf viele dringende Investitionen verzichten. Für freiwillige Leistungen bleiben kaum mehr Spielräume. Der bundesweite Aktionstag „Kommunen am Limit" am 22. Juni 2026 fordert, dass Bund und Länder die kommunale Finanzlage wieder ins Lot bringen. Die Forderungen des Aktionstags im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz:

- Bund und Länder müssen ihren Beitrag leisten, um das historische Defizit in den kommunalen Haushalten zu beseitigen. Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen wieder Handlungsspielräume, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.
- Strukturelle und entschlossene Reformschritte sind dringend nötig. Die Kommunen leisten mehr als ein Viertel der staatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der staatlichen Einnahmen. Kommunen müssen von den ständig steigenden Sozialausgaben entlastet werden. Bis solche Entlastungen greifen, muss der Bund den Kommunen mit einer Soforthilfe unter die Arme greifen.
- Das Konnexitätsprinzip nach dem Motto, „Wer bestellt, muss auch bezahlen" muss befolgt werden. Alle Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen übertragen, müssen dauerhaft und ausreichend gegenfinanziert sein. Ohne vollständige Gegenfinanzierung rutscht die kommunale Ebene weiter ins Defizit.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: **„Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist ernsthaft gefährdet. Die Menschen in unseren Städten und Gemeinden erwarten, dass kommunale Leistungen die Lebensbedürfnisse im Alltag berücksichtigen. Bund und Freistaat müssen deshalb dafür sorgen, dass die Kommunen in der Lage sind, ihre Leistungsangebote vor allem im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge an die Herausforderungen der Zeit anzupassen. Das breite Aufgabenspektrum der Städte und Gemeinden ist das Fundament, auf dem Städte die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben der Menschen gewährleisten. Nur, wenn Städte und Gemeinden leistungsfähig sind, können sie den gesellschaftlichen, demografischen und klimatischen Entwicklungen gerecht werden. Deshalb braucht es strukturelle Anpassungen auf der Ausgabenseite und auf der Einnahmenseite."**

Pressesprecher
Dr. Achim Sing

Bayerischer Städtetag
Arnulfstraße 50, 4.OG
80335 München

Telefon
+49 (0)89 29 00 87-13

E-Mail
achim.sing@bay-staedtetag.de
Website
www.bay-staedtetag.de

Die Finanznot der bayerischen Kommunen lässt sich besonders an den Kriterien zeigen:

- **Strukturelles Defizit**
  2024 und 2025 summierte sich das Defizit der Kommunen auf insgesamt auf 10 Milliarden Euro (Diagramm Seite 2 der Anlage). Das Rekordminus verfestigt sich auch in diesem Jahr.

- **Ungebremster Anstieg bei den Ausgaben für Personal und Soziales**
  (Diagramme Seite 3 der Anlage)

- **Steigende Umlagebelastung**
  Eine besondere Dynamik zeigt sich bei den Sozialausgaben, die bei den kreisfreien Städten direkt aufschlagen und ergänzend über die Bezirksumlagen. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden schlagen die Sozialausgaben vor allem mit steigenden Kreisumlagen zu Buche (Diagramme Seite 4 und 5 der Anlage)

- **Sprunghafter Anstieg der Verschuldung**
  Die kommunalen Investitionsprogramme mussten in den letzten Jahren verstärkt über höhere Schulden finanziert werden. Ende 2025 summierten sich die Schulden der Kommunen auf mehr als 21 Mrd. Euro (Diagramm Seite 6 der Anlage)

Die Ursachen für die Finanznöte liegen vor allem auf der Ausgabenseite. Allerdings nehmen die Risiken auch auf der Einnahmenseite zu. Pannermayr: **„Der kommunale Finanzausgleich für 2026 und das Sondervermögen des Bundes verschaffen den Kommunen zwar eine existenzielle Verschnaufpause, bringen aber keine dauerhafte Lösung. Denn die Finanzen der Städte und Gemeinden stecken unverändert in einer strukturellen Schieflage, die sie nicht selbst verursacht haben. Immer mehr Städte und Gemeinden können trotz Sparmaßnahmen keine genehmigungsfähigen Haushalte aufstellen. Dies bekommen Bürger und regionale Wirtschaft zu spüren."** Der Bedarf an Investitionen bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen, Brand- und Katastrophenschutz ist enorm. Kommunen müssen bei Investitionen immer mehr in die Verschuldung gehen. Investitionen in die kommunale Infrastruktur sind wichtig, können aber auf Dauer nicht über Schulden finanziert werden. Deshalb braucht es eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen, um die Einnahmenbasis zu stärken und die Ausgabendynamik zu durchbrechen – hier sind Bund und Freistaat gefordert. Pannermayr: **„Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke ziehen an einem Strang: Kommunen haben einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung."**

Pressesprecher
Dr. Achim Sing

Bayerischer Städtetag
Arnulfstraße 50, 4.OG
80335 München

Telefon
+49 (0)89 29 00 87-13

E-Mail
achim.sing@bay-staedtetag.de
Website
www.bay-staedtetag.de